



Während auf der Baustelle des geplanten Kronprinzenquartiers noch Ruhe herrscht, gibt es einigermaßen lautstarken Streit über die Lage der Sozialwohnungen. Die von der Ratsmehrheit beschlossene Konzentration im Nordriegel stößt auf massive Kritik der Opposition. Foto: Harald Krömer

Wird das Kronprinzenquartier zur „Klassengesellschaft in Beton“?

Ratsmehrheit beschließt Konzentration der Sozialwohnungen im Nordriegel

VON GERALD EIMER

Aachen. Kehrtwende am Kronprinzenquartier: Während sich Ende September noch alle Politiker einig waren, öffentlich geförderte Wohnungen in dem geplanten Wohnblock an Bever- und Kronprinzenstraße auf mehrere Stellen zu verteilen, sollen sie nun doch im sogenannten Nordriegel – gleich hinter dem bestehenden Wohnblock an der Goerdelerstraße – konzentriert werden. Darauf haben sich überraschend CDU und SPD verständigt. Im Rat stieß dies auf den geballten Protest von Grünen und Linken.

Grünen-Ratsherr Hermann Josef Pilgram warf der schwarz-roten Mehrheit im Eifer des Gefechts gar vor, dass sie dort nun die „Klassengesellschaft in Beton“ nachbaue. Die Wut ist groß, dass sich CDU und SPD in den Augen der Opposition von dem einst gemeinsam formulierten Ziel „einer guten sozialen Durchmischung“ im sogenannten Kronprinzenquartier verabschiedet haben. Und der Verdacht liegt nahe, dass sie dies „im reinen Investoreninteresse“ getan haben, wie Pilgram meint.

Die „dezentrale Unterbringung der öffentlich geförderten Wohnungen“ war einer der Hauptpfei-

ler des Projekts, erklärte auch Linken-Fraktionsgeschäftsführerin Ellen Begoll, die sich am Mittwoch im Rat ebenfalls völlig überrascht zeigte, dass sich Schwarz-Rot anders entschieden hat und über einen neuen Beschluss per Tischvorlage abstimmen ließ.

„Das Kronprinzenquartier sollte die Qualitäten des Frankenerger Viertels aufgreifen und fortführen“, erinnerte Grünen-Planungspolitikerin Martina Hörmann an die alten Beschlüsse. Dass Schwarz-

„Das Kronprinzenquartier sollte die Qualitäten des Frankenerger Viertels aufgreifen und fortführen.“

MARTINA HÖRMANN, GRÜNE

Rot nun eine „Rolle rückwärts“ vollführe, sei nicht zu verstehen. Der SPD wirft sie eine Änderung in ihrer Wohnungspolitik vor. Dass man den geplanten preiswerteren Wohnraum nun nur an einer Stelle errichten wolle und damit eine Art „Puffer“ zur Goerdelerstraße schaffe, sei höchst problematisch und städtebaulich überholt.

SPD-Planungsexperte Norbert Plum wies die Kritik ebenso wie CDU-Fraktionschef Harald Baal

zurück. Sie betonten, dass auch unter den neuen Voraussetzungen „absolut hochwertige Wohnungen“ errichtet würden. „Die Qualität der öffentlich geförderten Wohnungen bleibt nicht hinter den anderen Wohnungen zurück“, betonte Baal. Plum verwies darauf, dass im Nordriegel 40 Prozent geförderter Wohnraum und 60 Prozent freier Wohnraum geschaffen werde. „Das ist nach unserer Auffassung ein gesundes Verhältnis.“

Dass es überhaupt zu den Umplanungen gekommen ist – gegen die sich neben Grünen und Linken auch die Piraten und UWG-Vertreter Horst Schnitzler ausgesprochen haben –, ist auf einen Wechsel des Vorhabenträgers zurückzuführen, dem am Mittwoch im Rat ebenfalls zugestimmt wurde. Das Neubauprojekt auf dem ehemaligen Finanzamtsgelände unweit des Bahnhofs Rothe Erde soll nun nicht mehr von der Würselener Kronprinzenquartier GmbH, sondern von dem Hamburger Projektentwickler Prien Immobilien verwirklicht werden. Verabschiedet hat man sich auch von den Plänen, den Großteil der geplanten Wohneinheiten als Eigentumswohnungen zu vermarkten. Stattdessen sind rund 200 Mietwohnungen geplant. Prien will das Vorhaben nach Möglichkeit bis Ende 2016 fertigstellen.